

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Einundzwanzigste Tagung der Konferenz am 26. und 27. Oktober 2023 in Madrid

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2 Einführung	2
3 Verlauf der Tagung	2
3.1 Sitzung I Die Herausforderungen der wirtschaftspolitischen Steuerung und des wirtschaftlichen Aufschwungs der Europäischen Union im internationalen Kontext	3
3.2 Sitzung II Die Architektur der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung: die strukturellen mittelfristigen Haushaltspläne und die spezifischen Nettoausgabenpfade für jedes Land. Schuldentragfähigkeit und finanzpolitische Umsicht im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion.....	3
3.3 Sitzung III Integration der sozialen Dimension in die wirtschaftspolitische Steuerung	4
3.4 Sitzung IV Offene strategische Autonomie.....	5

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der einundzwanzigsten Tagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD), Delegationsleiterin

Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräble** (CDU/CSU),

Der Bundesrat war nicht vertreten.

2 Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 20. Wahlperiode aus elf festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit Delegierten bei der Konferenz vertreten.

3 Verlauf der Tagung

Den Vorsitz der jeweiligen Sitzungen der einundzwanzigsten Tagung der SWKS-Konferenz übernahmen **Celso Delgado Acre**, Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses, **Francisco Javier Márques Sánchez**, Mitglied des spanischen Senats, **Maria Amparo Marco Gual**, Mitglied des spanischen Senats und **Javier Alfonso Cendón**, Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses.

Der erste Konferenztag widmete sich in zwei Sitzungen dem Thema wirtschaftspolitische Steuerung und vor allem der Frage inwieweit die neuen EU-Fiskalregeln Raum geben können für wichtige Investitionen und gleichzeitig nachhaltige öffentliche Finanzen fördern.

Die Debatten der zwei weiteren Sitzungen am zweiten Konferenztag befassten sich mit den Themen der Integration der sozialen Dimension in die wirtschaftspolitische Steuerung und dem Thema der offenen strategischen Autonomie.

Auf der Tagung waren Delegierte aus 23 Mitgliedstaaten sowie dem Europäischen Parlament vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete der Beitrittskandidaten Nordmazedonien, Serbien, Georgien und der Türkei teil.

Die Redebeiträge der Konferenz lieferten u.a. **Dr. Maroš Šefcovic**, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Europäischen Green Deal, interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau (per Video), **Irene Tinagli**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende des ECON-Ausschusses sowie **Dr. Javier Pérez**, Direktor der Abteilung Internationale Wirtschaft und Euroraum der spanischen Zentralbank und Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen des Eurosystems

3.1 Die Herausforderungen der wirtschaftspolitischen Steuerung und des wirtschaftlichen Aufschwungs der Europäischen Union im internationalen Kontext

In seiner einleitenden Rede stellte **Fabrizio Balassone**, Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaft und Finanzen, die Kernelemente des Vorschlags der Europäischen Kommission für die wirtschaftspolitische Steuerung vor. Dieser müsse im Zusammenhang mit weiteren Elementen wie dem Wiederaufbauplan Next Generation EU, den Kohäsionsfonds, InvestEU sowie weiteren Programmen des Mehrjährigen Finanzrahmens gesehen werden. Zudem ging er auf die globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, die durch zurückgehende Inflation, Abwenden einer Rezession auf europäischer Ebene und die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen gekennzeichnet seien. Die geopolitische Unsicherheit durch den Krieg in der Ukraine und den Terror der Hamas sei weiterhin hoch. Für die Zukunft müsse die EU Innovationen und Investitionen in grüne und digitale Transformation und die Reduzierung von kritischen Abhängigkeiten vorantreiben. Die neuen EU-Fiskalregeln sollen dafür genug Spielräume für Investitionen bei gleichzeitig nachhaltigen öffentlichen Finanzen setzen.

MdEP **Irene Tinagli**, Vorsitzende des ECON-Ausschusses, rief die grundsätzliche Bedeutung von Fiskalregeln in einer Währungsunion in Erinnerung. Die aktuellen Regeln seien ein Produkt der Denkschule der 80er und 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und bedürften dringender Anpassung. Die Geldpolitik habe in den vergangenen Krisen die Hauptlast der Steuerung übernommen. Zukünftig müsse die Fiskalpolitik eine stärkere Rolle spielen. Zudem forderte Tinagli einfachere Regeln, die nicht nur in guten Zeiten befolgt werden. Die Vorschläge der Europäischen Kommission gingen in die richtige Richtung, da sie die mittelfristige Schulden-tragfähigkeit in den Mittelpunkt stellen und von einer jährlichen Betrachtungsweise abrücken.

Der spanische Wissenschaftler am Königlichen Institut Elcano **Enrique Feás** forderte in seinen einleitenden Bemerkungen eine fiskal- und steuerpolitische Kompetenz auf europäischer Ebene. Es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, europäische öffentliche Güter zu finanzieren. Der Binnenmarkt funktioniere zwar, aber es seien in der EU jährlich bis zu 300 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen für die digitale und grüne Transformation notwendig. Die EU müsse mit anderen großen Weltregionen wie den USA und China ambitioniert mithalten können und brauche dafür eine eigene permanente Fiskalkapazität nach dem Ansatz des temporären Programms Next Generation EU.

In der sich anschließenden Diskussion gingen viele Teilnehmer auf die Vorschläge der Europäischen Union zur wirtschaftspolitischen Steuerung ein. Einige forderten eine Fiskalkapazität, während andere die Bedeutung nachhaltiger öffentlicher Finanzen betonten.

MdB. **Bettina Hagedorn** (SPD) verwies in ihrem Redebeitrag auf die EU-Programme SURE und Next Generation EU, mit denen eine solidarische Antwort auf die Corona-Krise gefunden wurde und enorme Investitionen ermöglicht werden. Das Grundgesetz in Deutschland würde ein dauerhaftes Instrument analog zu Next Generation EU verbieten. Es gebe daher keine realistische Perspektive für eine fiskalische Kapazität auf europäischer Ebene. Das aktuelle Regelwerk müsse überarbeitet werden, um den geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können.

3.2 Die Architektur der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung: die strukturellen mittelfristigen Haushaltspläne und die spezifischen Nettoausgabepfade für jedes Land. Schuldentragfähigkeit und finanzpolitische Umsicht im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion

Dr. Javier Pérez, Direktor der Abteilung Internationale Wirtschaft und Euroraum der spanischen Zentralbank und Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen des Eurosystems, betonte die Bedeutung der Fiskalpolitik für die Währungsunion. Die in den Reformvorschlägen der Europäischen Kommission vorgesehenen nationalen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne stellten gleichzeitig die größte Stärke als auch die größte Schwäche der Vorschläge dar. Einerseits ermögliche die mittelfristige Perspektive den Mitgliedstaaten eine sinnvolle Planung von Reformen und Investitionen. Andererseits sei eine mittelfristige Schuldentragfähigkeit schwer vorhersehbar. Aus diesem Grund seien Anpassungspläne von besonderer Bedeutung. Ohne solche seien Ad hoc-Schocks nicht zu bewältigen.

MdEP **Herbert Dorfmann**, nahm Bezug auf den Bericht von Esther de Lange und Margarida Marques zur Reform der EU-Fiskalregeln. Er hoffe auf eine Einigung über die Reform bis zum Auslaufen der Allgemeinen Ausweichklausel Ende des Jahres. Für den Fall, dass in diesem Jahr keine Einigung erzielt werden sollte, würden die

bisherigen EU-Fiskalregeln nicht wieder vollumfänglich angewandt, da beispielsweise die 1/20-Regel angesichts der aktuellen Umstände nicht praktikabel sei.

Pim Lescauwaet, Senior-Experte im Kabinett des Exekutivizepräsidenten der Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, betonte das Erfordernis einer Reform der EU-Fiskalregeln. Wichtig sei dabei die Stärkung der Eigenverantwortung (national ownership) der Mitgliedstaaten. Neben einer mittelfristigen Perspektive sähen die Vorschläge dazu die Möglichkeit für Differenzierungen und Anpassungen der Pläne vor. Die mögliche Verlängerung der Pläne von vier auf sieben Jahre diene als Anreiz für Investitionen. Die Reform solle möglichst bis zum Ende des Jahres 2023 abgeschlossen werden. Insofern lobte er die konstruktiven Debatten zwischen den Mitgliedstaaten.

In der Debatte begrüßten viele Abgeordnete die Reformvorschläge grundsätzlich. Einige forderten mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten, während andere mehr Transparenz forderten.

MdB **Bettina Hagedorn** (SPD) wies auf die erheblichen Sprünge der Zinsstände in Deutschland und im Euroraum im letzten Jahr hin. Diese verdeutlichten die hohe Verantwortung für die nächsten Generationen. Insofern äußerte sie Zweifel an einer verlässlichen Kalkulation der mit-telfristigen Schuldenragfähigkeit. Mit Blick auf die aktuellen schwierigen Haushaltsberatungen in Deutschland, die der Gesellschaft schwer zu vermitteln seien, sei es für eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft wichtig, die Erfolge im Rahmen von Next Generation EU (NGEU) transparent zu machen.

Die MdB **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU) fragte, wie der bislang nicht thematisierte Vorschlag für eine haushaltspolitische Rahmenrichtlinie mit den übrigen Reformvorschlägen der Europäischen Kommission zusammenhängt und wie dieser umgesetzt werden soll.

3.3 Integration der sozialen Dimension in die wirtschaftspolitische Steuerung

Antón Costas Comesaña, Vorsitzender des spanischen Wirtschafts- und Sozialrats, betonte die fundamentale Bedeutung der sozialen Säule für ein gesundes, inklusives Wachstum und makro-ökonomische Stabilität. Dabei sehe er vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2008 und der Coronapandemie 2020 erhebliche Fortschritte in den letzten Jahren, aber auch Gefahren für die soziale Säule. Zur Stärkung der sozialen Säule sprach er sich für eine gemeinsame gesellschaftliche Lösung anstelle einer Top down-Lösung aus.

Francisco Boya Alós, Generalsekretär für die demografische Herausforderung, spanisches Ministerium für den ökologischen Übergang und die demografische Herausforderung, betonte neben den Herausforderungen eines technologischen und grünen Wandels die aktuellen demografischen Herausforderungen. Es sei wichtig, bestehende Ungleichgewichte etwa im Hinblick auf Einkommen und Digitalisierung zwischen den Regionen, Geschlechtern und Generationen zu schließen. Dabei müssten insbesondere die Schwächsten unterstützt werden.

MdEP **Margarida Marques**, Berichterstatterin über den Reformvorschlag zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Ausschuss für Beschäftigung, nahm zunächst Bezug auf den Eingangsbeitrag von Antón Costas Comesaña und betonte, dass die Reaktion auf die Coronakrise im Vergleich zur Reaktion auf die Finanzkrise eine echte europäische Antwort gewesen sei, die insbesondere die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel und Next Generation EU umfasst habe. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der EU-Fiskalregeln gingen zwar in die richtige Richtung, allerdings fehle eine hinreichende Berücksichtigung der sozialen Säule. Unter anderem sollten aus ihrer Sicht Regierungen nach einem Wahlperiodenwechsel neue Fiskalpläne vorlegen können.

Joris Vandenbroucke, Mitglied der Abgeordneten-kammer in Belgien, betonte, dass sich Belgien der vollständigen Umsetzung der Säule sozialer Rechte widme. Soziale Schutzmechanismen und Investitionen seien kausal für ein wirtschaftliches Wachstum und müssten daher hinreichend im neuen wirtschaftlichen Steuerungsrahmen berücksichtigt werden. Er begrüßte die Berücksichtigung der sozialen Säule im Rahmen der Legislativvorschläge zur Reform der EU-Fiskalregeln, bezeichnete diese jedoch als noch nicht ausreichend. Insofern bat er um Unterstützung für die belgische Agenda.

MdB. **Bettina Hagedorn** (SPD) begrüßte die in den Einführungsbeiträgen festgestellten Fortschritte sowie die guten Vorschläge aus Spanien und Belgien. Insofern sei man auf dem richtigen Weg. Als positives Beispiel nahm sie Bezug auf das 100 Mrd. Euro umfassende Programm SURE zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Rahmen

der Coronapandemie. Es sei wichtig, daran anzuknüpfen. Anstelle einer Hilfe nach dem Gießkannenprinzip müssten auch künftig sehr schnelle und zielgenaue solidarische Reaktionen auf Krisen möglich sein. Dies sei auch wichtig als Signal für die Menschen in Europa

3.4 Offene strategische Autonomie

Javier Alfonso Cendón, Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses verwies in seinen einleitenden Bemerkungen auf die Folgen des Kriegs in der Ukraine und die hohe geopolitische Instabilität u. a. durch die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten. Die EU müsse daher ihre strategischen Industriezweige stärken und eine Strategie mit Blick nach Lateinamerika entwickeln.

Dr. Maroš Šefcovic, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Europäischen Green Deal, interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, wandte sich mit einer Videobotschaft an die Delegierten. Er forderte, dass die EU stärker auf eigenen Beinen stehen müsse, neue Partnerschaften mit der Welt eingehen und multilaterale Lösungen anstreben sollte. Gleichzeitig müsse die EU lernen autonomer zu werden, wenn es notwendig ist. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein kritisches Rohstoffe-Gesetz sei ein Beispiel dafür, wie die EU ihre Partnerschaften diversifizieren müsse.

Gonzalo Garcia Andrés, Staatssekretär der spanischen Regierung für Wirtschaft und Unternehmensförderung, begann seine Rede mit einem Blick auf eine mögliche Wahl von Ex-Präsident Trump in den USA und zunehmende Konflikte mit China. Die EU müsse in Zeiten, in denen Protektionismus erstarke, die WTO blockiert sei und die grüne und digitale Transformation beschleunigt werden müsse, eigene konkrete Antworten finden. Das Konzept der offenen strategischen Autonomie müsse nun mit Leben gefüllt werden. Es dürfe keine Rückschritte bei der Globalisierung geben, die regelbasierte multilaterale Ordnung müsse erhalten und Abhängigkeiten u. a. bei Lebensmitteln, Batterien, Halbleitern, Pharmaprodukten, seltenen Rohstoffen verringert werden.

Caní Fernández Vicién, Vorsitzende der nationalen Kommission für Märkte und Wettbewerb in Spanien, stellte die aktuellen geopolitischen Entwicklungen dar, die sich von einer regelbasierten Ordnung wegbewegt haben. Neue wirtschaftliche Zentren in Indien, China, Südost-Asien seien entstanden. Die große Offenheit der europäischen Wirtschaft sei zwar grundsätzlich positiv, mache die EU aber auch verletzlich. Die Abhängigkeit von Rohstoffen und Technologien müsse reduziert, Direktinvestitionen überwacht und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit angestrebt werden.

In der sich anschließenden Debatte warb MdB **Bettina Hagedorn** (SPD) dafür, aus den vergangenen Krisen als Europäer zu lernen. Die EU sei geschlossener und gestärkter aus der Corona-Krise hervorgegangen als aus der Finanzkrise. Multilaterale Lösungen seien einseitigem Vorgehen immer überlegen. Geschlossenheit sei das wertvollste Gut der EU. Dies habe sich bei der Unterstützung der Ukraine gezeigt. Mit Blick auf den Beitritt neuer Mitgliedstaaten sollte die EU eine richtige Balance aus Solidarität und Handlungsfähigkeit finden. Dass die EU zukünftig wachsen werde, sei ein guter Schritt, um auf der Weltbühne konkurrenzfähig zu bleiben.

Zum Abschluss der Konferenz hielten **Javier Alfonso Cendón**, Mitglied des Spanischen Abgeordnetenhauses und **Francina Armengol Socias**, Präsidentin des Spanischen Abgeordnetenhauses kurze Schlussvorträge.

Berlin, 12. Januar 2024

Bettina Hagedorn
Delegationsleiterin

